

18. Wahlperiode

## Antrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Die Linke und der Fraktion Bündnis90/Die Grünen

### **Sensibilisierungs- und Informationskampagne „Rettungsgasse freihalten“ starten – Kooperationsvereinbarung mit privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunksendern schließen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, eine Sensibilisierungs- und Informationskampagne zum ordnungsgemäßen Freihalten der Rettungsgasse zu initiieren.

Die Kampagne soll folgende Maßnahmen enthalten:

- Erstellung von Materialien zur Aufklärungsarbeit (z. B. Flyer und Plakate) für öffentliche und private Einrichtungen sowie die Nutzung bestehender Social-Media-Kanäle zur Sensibilisierung,
- Erstellung von Info-Bannern, die schwerpunktmäßig an Brücken angebracht werden können,
- verstärkte Einblendung von Hinweisen zur Bildung einer Rettungsgasse über elektronische Anzeigetafeln am Straßenrand.

Zudem soll der Senat das Gespräch mit privaten und öffentlich-rechtlichen TV- und Rundfunksendern suchen, mit dem Ziel, weitere Formate zu finden, um über das Anliegen zu informieren bzw. alle Verkehrsteilnehmer\*innen auf die ordnungsgemäße Freihaltung der Rettungsgasse hinzuweisen.

Dem Abgeordnetenhaus von Berlin ist über den Sachstand drei Monate nach Beschlussfassung zu berichten.

### ***Begründung***

Im Jahr 2017 wurden 143.424 Verkehrsunfälle in Berlin von der Polizei registriert. Dies bedeutet einen Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 1,61 Prozent. Die Zahl der Unfälle mit Personenschaden lag 2017 bei 17.415 und die Zahl der Unfalltoten 2017 bei 36 Personen. In den letzten Jahren wurde vermehrt festgestellt, dass Rettungskräfte auf dem Weg zum Unfallort wertvolle Zeit dadurch verlieren, dass Verkehrsteilnehmer\*innen die Straße blockieren oder die Rettungsgasse nicht ordnungsgemäß bilden.

Zudem werden Rettungs- und Einsatzkräfte der Berliner Feuerwehr und Polizei häufig auf dem Weg zum Einsatzort durch parkende/haltende Fahrzeuge auf dem direkten Einsatzweg oder sogar aktiv bei ihrem lebensrettenden Einsatz durch „gaffende Schaulustige“ behindert. Der Senat soll daher eine Sensibilisierungs- und Informationskampagne „Rettungsgasse freihalten“ starten.

Berlin, den 26. März 2019

Saleh          Schopf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
der SPD

Bluhm          U. Wolf          Ronneburg          H. Wolf  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Die Linke

Kapek          Gebel          Moritz  
und die übrigen Mitglieder der Fraktion  
Bündnis 90/Die Grünen